

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Verkaufsstellen: Die Auer-Tageblatt-Vertriebsstellen sind in allen größeren Orten des Erzgebirges zu finden. — Einzelhefte 10 Pfennig. — Abonnement: 10 Mark pro Jahr. — Postamt: Leipzig Nr. 1498.

Abonnement: Die Auer-Tageblatt-Vertriebsstellen sind in allen größeren Orten des Erzgebirges zu finden. — Einzelhefte 10 Pfennig. — Abonnement: 10 Mark pro Jahr. — Postamt: Leipzig Nr. 1498.

Telegramme: Cogeblatt Auergebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postfach-Nr. 1498

Nr. 138

Mittwoch, den 17. Juni 1925

20. Jahrgang

Die Streitenden in China fordern Abbruch der Beziehungen mit England.

London, 15. Juni. Wie das Reuters-Büro aus Peking meldet, fand dort eine Versammlung statt, in welcher der Abbruch der Beziehungen mit Großbritannien gefordert wurde. Mittels Telegrammen aus Peking vom Sonnabend stellen die dortigen Nachrichten als äußerst ernst dar. Die Ausländer haben die Stadt verlassen.

Das Blutbad von Kanton.

Auf die Eroberung von Kanton durch die bolschewistischen Truppen sind fürchterliche Massaker gefolgt, denen 700 Personen zum Opfer gefallen sind. Eine Anzahl gefangener japanischer Truppen, die von den Bolschewisten besiegelt waren, wurden wieder in Freiheit gesetzt, worauf die Volksmenge sich ihrer bemächtigte und sie grausam mißhandelte. Ein Offizier wurde gekreuzigt, ein anderer hilfloser Chinese wurde von amerikanischen und englischen Seeleuten der Rebellenmenge anvertraut. In Schanghai soll Ruhe herrschen, nachdem dort japanische Truppen eingetroffen sind.

Kanton, 15. Juni. Die Ausschreitungen haben nachgelassen. In der Stadt ist es ruhiger geworden, jedoch wurde beträchtlicher Schaden angerichtet.

Hundert chinesische Soldaten sind zum Schutz des Turortes Kulling entsandt worden, wo sich 800 Fremde, meist Frauen und Kinder aufhalten. Es besteht für diese kein Anlaß zu Befürchtungen.

London, 15. Juni. (Unterhaus.) Die letzten Ereignisse in China haben mehrere Mitglieder des Hauses veranlaßt, Anfragen an die Regierung zu richten. Sir Chorn wies darauf hin, daß die Ursache aller Unruhen in Schanghai die niedrigen Löhne der Arbeiter und die Beschäftigung von Kindern sei. — Samuel betonte im Namen der Regierung, daß die britische

Regierung alles tue, was sie könne, um die Arbeitsbedingungen innerhalb der internationalen Niederlassungen zu kontrollieren, daß sie aber außerhalb dieser Niederlassungen keine Kontrolle ausüben könne. Sir William Davison hob hervor, daß innerhalb der Fremdenniederlassungen die Löhne besser seien als anderswo in China. Samuel teilte weiter mit, die Regierung sei der Ansicht, das sicherste Mittel gegen die fremdenfeindlichen Gefühle in China sei, zu versuchen, die Entschlüssen der Washingtoner Konferenz betreffend Zusammenarbeit Chinas und der Mächte zur Einführung von Reformen zum Wohle Chinas in die Tat umzusetzen. In Beantwortung einer Anfrage Macdonalds versicherte Baldwin, daß die Regierung in Uebereinstimmung mit den Mächten alles mögliche unternehme, um zu vermeiden, daß die Unruhen in China zu einem wirklichen internationalen Konflikt im fernem Osten ausarten.

Die englische Antwortnote überreicht.

Peking, 15. Juni. Die Antwort des britischen Gesandten auf die chinesische Note über die Unruhen in Kanton ist der chinesischen Regierung übergeben worden. Sie gibt einen Ueberblick über die Tatsachen, die der chinesischen Regierung, wie aus der chinesischen Note hervorgeht, nicht bekannt seien, und betont, daß die Freiwilligen in Hankau große Zurückhaltung an den Tag gelegt und erst das Feuer eröffnet hätten, als die Verteidiger des englischen Postens durch die Steinwürfe der Menge schwer verletzt worden seien. Die britische Note erklärt weiter: Es kann nicht zugelassen werden, daß die Verantwortung den britischen Behörden zugeschoben wird, die von den chinesischen Behörden keinen ausreichenden Schutz erhalten konnten und darum gezwungen waren, selbst zu handeln.

55. Vollversammlung des Deutschen Landwirtschaftsrates.

Friedrichshagen, 15. Juni.

Der Deutsche Landwirtschaftsrat trat heute mittig zu seiner 55. Vollversammlung zusammen. Der Präsident des Landwirtschaftsrates Dr. Brandes wies in seiner Begrüßungsansprache darauf hin, daß es sich darum handele, in letzter Stunde noch einmal Stellung zu nehmen zu den großen wirtschaftlichen Problemen, die vor einer Entscheidung stehen und von deren Lösung das Wohl nicht nur der deutschen Landwirtschaft, sondern der ganzen deutschen Wirtschaft abhängt. Einen Aufstieg der deutschen Wirtschaft werde es niemals geben, wenn einzelne Erwerbsstände in unserem Vaterland erbrockelt würden. Dazu seien die Beschäftigten zwischen den einzelnen Wirtschaftsklassen zu stark. Der einzige Erfolg davon, daß der Landwirtschaft zum Vorteil der Konsumenten und der Exportindustrie jeder Schutz verweigert werde, sei, daß der Landwirtschaft der Atem ausgehe. Der Redner verwies auf die phantastischen Fortschritte der neuen Verschuldung der Landwirtschaft, wovon der kleine Besitz am härtesten betroffen werde, und verlangte, daß in Deutschland eine Wirtschaftspolitik getrieben werde, bei der sich eine intensive Arbeit auf kleiner Scholle lohnt. Sonst würde Millionen von kleinen und mittleren Landwirten das Todesurteil gesprochen. Die Stimmung in diesen Kreisen sei verzweifelt und werde zu einer ernsten Gefahr für das Vaterland. Deshalb brauche die Landwirtschaft einen umfassenden Schutz ihrer Produktion. Die deutsche Landwirtschaft sei zu treuen Diensten am deutschen Vaterlande bereit. Man gebe ihr nur die Möglichkeit dazu. (Beifälliger Beifall.)

Der Vorsitzende gab dann die Begrüßungsdelegationsliste des Reichsministers, des Reichsministers des Innern und des Reichsverbandes der deutschen Industrie bekannt, worauf er die Vertreter der Behörden begrüßte. Ministerialdirektor Hoffmann wünschte der Tagung im Namen der Reichsregierung und der Länder guten Erfolg. Er betonte, daß für die Landwirtschaft schwere Entscheidungen bevorstünden. Bezüglich des Aufwertungsgesetzes seien die Parteien über das richtige Maß hinausgegangen, und es werde sich eine schwere Belastung für die Landwirtschaft durch den hohen Zinsfuß herausstellen. Die Rentendebitorität werde hoffentlich zurückgehen und eine billige Erleichterung auf dem Gebiet des landwirtschaftlichen Kredits herbeiführen. Der Zinsfuß würde sich aber noch für lange Zeit sehr unvorteilhaft von dem Friedensfuß unterscheiden. Was die Zollvorlage betreffe, so werde es noch schwerere Ansprüche bedürfen, wenn die deutsche Landwirtschaft einen Schutz erlangen soll, dessen sie dringend zur Erreichung der Preisproduktion und deren Steigerung im Interesse der Ernährung des deutschen Volkes bedürfe. Die Reichsregierung und die Landesregierungen hätten den Wunsch, daß es der Einheit der zahlreichen landwirtschaftlichen Organisationen gelingen möge, in einigem Verbund die Lebensfähigkeit der deutschen Landwirtschaft zu schaffen und zu sichern.

Senatspräsident beim Reichsfinanzhof Weilmann Dr. Strub-München hielt dann einen Vortrag über die direkte Besteuerung nach dem Gesetzentwurf der Reichsregierung unter besonderer Berücksichtigung der Belange der Landwirtschaft.

Der zum geschäftsführenden Vorstandsmittglied des Deutschen Landwirtschaftsrates wiedergewählte Regierungspräsident a. D. Dr. Kufcher berichtete über die Tätigkeit des Landwirtschafts-Steuerausschusses.

Nach einer kurzen Aussprache wurde sodann eine Entschließung angenommen, worin festgestellt wird, daß die für die direkte Besteuerung vorgesehenen Steuerhöhen eine schwere Belastung des Produktionsvermögens bedeuten, deren Zahlung aus dem Ertrag derzeit unmöglich ist, und die in Zukunft nur bei einer wesentlichen Besserung der Wirtschaftslage tragbar erscheint. Durch die fortwährende schwere Kreditnot ist die Zinslast der deutschen Landwirtschaft bedauernd geworden als vor dem Weltkrieg. Sie übersteigt, wie auf Grund einwandfreier Unterlagen festgestellt werden muß, in vielen Betrieben heute bereits die Höhe der Vorkriegszinsen. Die Entschließung verlangt, daß die in ihrer Leistungsfähigkeit beeinträchtigten Betriebe nicht durch eine weitere Ueberspannung der Steueransforderungen zum Erliegen gebracht werden. Sie wendet sich ferner gegen die steuerliche Belastung des Kindes- und Gattenerbes und fordert die Wiederherstellung des unbeschränkten Nachschusses für die Steuerpflichtigen, die Beseitigung der verhassten Einkommensteuer auf dem Gebiet der Umsatzerlöse, sowie die allgemeine Senkung des Umsatzsteuerfußes. Außerdem verurteilt sie den Gedanken der Besteuerung des deutschen Produktionsvermögens in Berlin.

Die Legende der deutschen Hilfe für Abd el Krim.

Painlevé dementiert.

Paris, 15. Juni. Nach Wittermeldungen hat Vizepräsident Painlevé gestern der Legende einer deutschen Hilfe für Abd el Krim ein Ende bereitet. Er erklärte ausdrücklich, man habe die fremde Hilfe für Abd el Krim und seine Propaganda nicht übertrieben. Er habe diese Ueberzeugung gewonnen. Es könne wahr sein, daß einige deutsche oder russische Beschäftigungslose Abd el Krim beraten, derartige Abenteuer schwärmen aber immer um Agitatoren herum.

Die Legende, daß Abd el Krim von Deutschen beraten sei, zahlreiche Deutsche auf seiner Seite kämpfen und Deutschland sogar den Dampfer „Margarethe“ mit Waffen und Munition ihm zu Hilfe geschickt, hat bedauerlicherweise im Ufa zu heftigen Angriffen auf die deutsche Bevölkerung geführt. Diese Gerüchte sind völlig aus der Luft gegriffen. Tatsache ist aber, daß auf russischer Seite etwa fünfzehntausend unglückliche Deutsche als Fremdenlegionäre kämpfen. Die Lage dieser Bedauernswerten wurde durch die Legende von der deutschen Hilfe für Abd el Krim zur Unmöglichkeit gelehrt. Trotzdem fanden sich auch deutsche Zeitungen, die allen Ernstes die Unstimmigkeit dieser Gerüchte dementierten und der Entente wieder einmal das gewünschte Material lieferten.

Die Zollvorlage nicht abgelehnt!

Die in der Sonntagsausgabe des „Vormärts“ gebrachte Mitteilung, der Vorläufige Reichswirtschaftsrat habe die Zollvorlage der Regierung als Ganzes abgelehnt und sich insbesondere gegen die Einführung von Getreidezöllen ausgesprochen, ist, wie verlautet, unzutreffend. Am Sonnabend, den 13. d. Mts. gelangten etwa 18 Einzelanträge zur Beratung. Eine Redaktionskommission hat über den Verlauf der Verhandlungen einen Bericht angefertigt, aber den die Beratungen erst heute vormittag begonnen haben. Es liegen bisher keine Anhaltspunkte dafür vor, daß der Reichswirtschaftsrat die Agrarzölle ablehnen wird.

Demokratisches Arbeitskabinett in Belgien.

Brüssel, 15. Juni. Die Generalversammlung der sozialistischen Partei nahm eine Tagesordnung an, die auf die Forderung einer Regierung beschränkt und eine frühere Entscheidung befristete, die an die Demokraten und linken Parteien des Parlaments Bezug nimmt.

demokratischen Arbeitskabinetts appellierte. Ferner wurde in der Versammlung darauf hingewiesen, daß in der Kammer außer den 78 Sozialisten noch 40 Abgeordnete der Rechten sich zugunsten einer demokratischen Lösung, wie sie Poullet ins Auge faßt, ausgesprochen haben. Die Sozialisten, so wird erklärt, seien bereit, die Verantwortung einer Regierungsbildung zu teilen.

Die Minderheiten in Griechenland.

Athen, 15. Juni. Die Zeitungen erörtern den Entschluß des Völkerbundrates über die Minderheiten in griechischer Sprache in Griechenland und betonen, daß durch das betreffende Urteil die unparteiische Behandlung aller Minderheiten in Griechenland vollumfänglich anerkannt wird. Die Zeitungen hoffen, daß die Tragweite dieses Entschlusses, dem gerade im gegenwärtigen Augenblick eine ganz besondere Bedeutung zukommt, überall verstanden werden wird.

Der persische Delegierte aus der Waffenhandelskontrollkonferenz ausgeschlossen.

Genf, 15. Juni. Die Konferenz zur Kontrolle des Waffenhandels setzte am Montag ihre Beratungen fort. Der Delegierte Persiens Habelillah Khan erklärte, Persien werde die Konvention nicht unterzeichnen und die persische Delegation werde sich von der Konferenz zurückziehen, wenn die in der Konvention vorgesehenen Maßnahmen zur Kontrolle der den persischen Golf befahrenden Schiffe, welche Maßnahmen von den Delegierten Indiens und Großbritanniens bestritten wurden, aufrechterhalten würden. Da die betreffenden Artikel in der Abstimmung angenommen wurden, verließ der Delegierte Persiens den Saal und zog sich von der Konferenz zurück. Die Schlusssätze vom Generalbericht wurden sodann mit einigen Änderungen angenommen. Ein Antrag der ägyptischen Delegation auf Einführung eines neuen Artikels 5 der allgemeinen Bestimmungen, der auf ein Zurückkommen auf die Frage der Spezialzonen einschließlich Meeressonen hinausgeht, wurde in namentlicher Abstimmung mit 28 gegen 1 Stimme bei 8 Enthaltungen und 9 Abwesenden abgelehnt. Die zweite Sitzung ist damit beendet. Gewisse Delegationen haben dennoch die Einbringung mehrerer Änderungsanträge in Aussicht gestellt, die der Redaktionskommission unterbreitet werden sollen, welche heute nachmittag zusammentritt. Die Waffenhandelskonferenz wird sich heute abend zur Schlußsitzung des Konventionenentwurfs zu einer Vollversammlung versammeln. Sollte die Schlußberatung heute abend erledigt werden können, so würde am Dienstag vormittag die Schlußsitzung stattfinden.